



Damon Mohebbi

Foto: privat

Mail aus Düsseldorf

Der Sommer kommt und das Leben am Campus blüht wieder auf. Lange war es still gewesen, Mensen abgeriegelt, Bibliotheken geschlossen. Allen Widrigkeiten zum Trotz sind wir wieder da: die Studierenden, wissbegierig und eifrig. Doch haben wir auf dem Weg zurück an die Hochschulen einige unserer Mitstudierenden verloren. Zum Schutz der vulnerablen Gruppen unserer Gesellschaft haben wir uns solidarisch gezeigt. Dafür wurden wir viel zu wenig von den Entscheidungsträgern be- und geachtet. Ungeachtet des ideellen Schadens sind viele von uns in finanzielle Notlagen geraten. Die Antwort der Politik war eine „Überbrückungshilfe“, die sich fernab

jeder studentischen Lebensrealität erwies. Denn wer bereits 500 Euro auf dem Konto hatte, war von der Unterstützung ausgeschlossen. Die Gesamtkosten für die studentischen Nothilfen beliefen sich auf rund 214 Millionen Euro. Zum Vergleich: Für die Lufthansa – ein profitorientiertes Wirtschaftsunternehmen – wurde ein Stabilisierungspaket von bis zu neun Milliarden Euro beschlossen. Es wäre der passende Moment gewesen, eine Öffnung der Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für alle Studierenden umzusetzen. Während Studierende mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, hat die Förderquote des BAföG einen historischen Tiefstand von unter elf Prozent erreicht. Umso mehr bedarf es einer echten Studienfinanzierungsreform, welche das BAföG öffnet, Bedarfssätze erhöht und sich an den realen Lebensbedingungen der Studierenden orientiert.

Wie erlebt Ihr das Studium der Humanmedizin? Schreibt mir an medizinstudium@aekno.de.

126. Deutscher Ärztetag

Kurzfristig mehr Studienplätze sichern die Versorgung von morgen

Auf dem 126. Deutschen Ärztetag im Mai in Bremen haben die 250 Abgeordneten zahlreiche Beschlüsse rund um das Medizinstudium verabschiedet. Unter anderem forderte der Ärztetag das Bundesgesundheitsministerium auf, das Gesetzgebungsverfahren für eine neue Approbationsordnung wieder aufzunehmen, damit diese wie geplant 2025 in Kraft treten könne. Eine weitere Forderung der Ärzteschaft lautete, im Zuge der Novellierung der Approbationsordnung für bessere Rahmenbedingungen im Praktischen Jahr (PJ) zu sorgen. Dazu zähle unter anderem eine existenzsichernde Aufwandsentschädigung für die PJ-Studierenden. Auch sollten künftig Krankheitstage im PJ nicht mehr als Fehltage gelten. Zudem forderten die Abgeordneten den Bund zum wiederholten Male auf, mehr Studienplätze für Humanmedizin an staatlichen Universitäten zu schaffen. Der Staat habe die Pflicht, „selbst auf eine bedarfsge-

rechte ärztliche Versorgung der Bevölkerung mittels der Bereitstellung der hierfür notwendigen Medizinstudienplätze hinzuwirken“. Gleichzeitig wiesen die Abgeordneten darauf hin, dass Wissenschaftlichkeit „Prämisse jeglicher medizinischer Ausbildung in Deutschland“ sein müsse. Dies müsse auch für private Studienangebote gelten. In einem weiteren Beschluss, den unter anderem Bernd Zimmer, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein, und das Vorstandsmitglied Dr. Oliver Funken eingebracht hatten, forderten die Abgeordneten, bundesweit kurzfristig mindestens 6.000 Medizinstudienplätze zu schaffen sowie die Approbationsordnung gemäß den Vorgaben des Masterplans Medizinstudium 2020 zu reformieren. Nur so könne dem drohenden Ärztemangel in Zeiten des demografischen Wandels entgegengewirkt und die medizinische Versorgung der Menschen gewährleistet werden. *bre*

BAföG

Mehr Geld für Studierende

Ende Juni hat der Bundestag Änderungen am Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) auf den Weg gebracht. Zum kommenden Wintersemester steigen die BAföG-Sätze um rund sechs Prozent. Auch der Kreis der Empfängerinnen und Empfänger wird erweitert. Der Höchstsatz für Studierende steigt von derzeit 427 auf 452 Euro monatlich. Die Unterstützung für die Studentenwohnung wird von 325 auf 360 Euro heraufgesetzt. Für Studierende mit Kindern wird der Kinderbetreuungszuschlag um zehn auf 160 Euro im Monat erhöht. Die Erweiterung des Empfängerkreises will der Gesetzgeber durch die Anhebung von Freibeträgen erreichen. 2.415 Euro des monatlichen Einkommens der Eltern bleiben zukünftig anrechnungsfrei. Bisher waren dies 2.000 Euro. Das Schonvermögen der Studierenden wird deutlich erhöht. Unter 30-Jährige dürfen zukünftig 15.000 Euro auf dem Konto haben, ältere Studierende 45.000 Euro. Bisher lag die Grenze bei 8.200 Euro. Die Bezugsberechtigten dürfen derzeit 290 Euro über einen Nebenjob hinzuverdienen. Ab dem Wintersemester bleiben 330 Euro Hinzuverdienst beim BAföG unberücksichtigt. www.bafög.de

bre

Bonn

Musical zum Ursprung des Lebens

Die Universität Bonn reaktiviert das Physikshow-Musical zur Einzigartigkeit der Erde. Eine Studierenden-Gruppe erklärt anhand von Vorführexperimenten mit Live-Musik, was das Leben auf der Erde aus physikalischer Sicht ermöglicht und schützt. Die Akteurinnen und Akteure auf der Bühne sind Studierende der Physik. Kostenlose Aufführungen finden statt am Samstag 20. und Sonntag 21. August im Wolfgang-Paul-Hörsaal, Kreuzbergweg 28. Plätze können über www.physikshow.uni-bonn.de reserviert werden.

bre